



## Niederschrift

19. Plenarsitzung des Gemeinderates  
22. Dezember 2025, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 7 der Tagesordnung: Änderung der Straßen- und Anlagenpolizeiverordnung**  
Vorlage: 2025/0959

**Punkt 7.1 der Tagesordnung: Änderung der Straßen- und Anlagenpolizeiverordnung**  
**Änderungsantrag GRÜNE**  
Vorlage: 2025/0959/1

### Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt, nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit sowie dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Erlass der Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung der Stadt Karlsruhe zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen und Anlagen und zur Abwehr von umweltschädlichem Verhalten (Straßen- und Anlagenpolizeiverordnung, StrAnIPolV) durch den Oberbürgermeister gemäß der Anlage 1 zu.

Aufgrund des Änderungsantrags wird § 3 (1) 2. (g) nicht eingefügt.

### Abstimmungsergebnis:

7.1: Änderungsantrag: Mehrheitliche Zustimmung (25 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen)  
7: Geänderte Vorlage: Mehrheitliche Zustimmung (42 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 7 und 7.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Haupt- und Finanzausschuss.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE):** Ich will kurz erklären, was unser Änderungsantrag ist, weil in dieser neuen Polizeiverordnung sind ja einige Änderungen drin. Da können wir auch Vieles davon mitgehen, gerade, dass besonders aggressives Betteln verboten werden soll, zum Beispiel durch Zupfen an Kleidung oder dass man im Weg steht oder so, all diese Änderungen können wir mitgehen. Aber eine Sache geht für uns gar nicht und zwar grundsätzlich, dass Fragen nach Sach- oder Geldleistungen in der Kaiserstraße oder anderen frequentierten Bereichen zu verbieten. Das können wir nicht mitgehen und genau das ist unser Änderungsantrag, diese Änderungen nicht vorzunehmen.

Ganz grundsätzlich, Armut lässt sich nicht verbieten und gerade die Innenstadt in Karlsruhe sollte für alle Menschen da sein, deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

**Stadtrat Schütz (CDU):** Die Anlagenpolizeiverordnung regelt Verhaltensweisen im öffentlichen Raum, die andere über das Maß hinaus stören. Dazu gehören auch bestimmte Formen des Bettelns, dann nur, wenn sie aufdringlich sind. Dass diese Formen nun ein bisschen genauer definiert werden und den Ordnungsbehörden Handlungssicherheit geben, begrüßen wir. Kollegin Wolf, ja wir begrüßen auch das Bekenntnis dazu, dass das Betteln in einer dichtgedrängten Fußgängerzone und auch nur dort und tagsüber eben nicht sein muss. Die Innenstadt soll ein Raum sein, indem sich alle Menschen wohlfühlen, das ist klar, aber das erfordert eben auch ein gewisses Maß an Zurückhaltung. Wir wollen schließlich, dass sich die Menschen egal ob aus Karlsruhe oder aus dem Umland hierher begeben, davon profitieren wir alle. Die Lagerplätze von bettelnden Personen gehören in so einem extrem dichten Raum leider nicht dazu, sie stören andere. Das ist das, was uns die Karlsruher Bevölkerung, Besucher, aber auch die Händler stetig zurückmelden. Es zeugt auch aus unserer Sicht von einer handlungsfähigen Verwaltung, dass man auf solche Rückmeldungen auch eingeht.

**Stadträtin Schmid (SPD):** Als SPD-Fraktion unterstützen wir den Änderungsantrag der GRÜNEN, Betteln findet dort statt, wo Menschen sind. Alles andere würde ja überhaupt keinen Sinn machen. Das ist auch keine Provokation, sondern schlicht Realität. Ein pauschales Verbot genau in den am stärksten frequentierten Bereichen während der Ladenöffnungszeiten löst kein einziges soziales Problem, es sorgt lediglich dafür, dass Armut aus unserem Blickfeld verschwindet. Aggressives und belästigendes Betteln ist bereits verboten und kann verfolgt werden, dafür braucht es diese neue Regelung nicht. Gerade in der Vorweihnachtszeit sind viele Menschen in Deutschland sehr spendenbereit, und ausgerechnet zwei Tage vor Weihnachten sollen wir über eine Regelung abstimmen, die Menschen das Betteln zu bestimmten Uhrzeiten verbietet. Unabhängig vom Datum gilt für uns als SPD-Fraktion, auch im Frühjahr oder zu jedem anderen Zeitpunkt halten wir diesen Zusatz zur Uhrzeit für nicht gerechtfertigt. Ordnungspolitisch entsteht dadurch kein Mehrwert, sozialpolitisch entsteht Schaden. Betteln erinnert uns nämlich daran, dass es Menschen gibt, die durch alle Auffangnetze gefallen sind und diese Realität verschwindet leider nicht durch Platzverweise, sie wird nur unsichtbar gemacht. Die Polizei soll für Ordnung sorgen und Ordnung sichern, das ist ihr Job, da sind wir auch dabei, und ich glaube, sie wird in dieser Stadt für viele Dinge gebraucht, aber nicht dafür, Menschen, die still um eine Spende bitten, des Platzes zu verweisen.

Noch eine persönliche Anekdote, vor ein paar Wochen habe ich mit meinen Kindern noch Sankt-Martins-Lieder gesungen und über den Wert des Teilens und der Mitmenschlichkeit gesprochen. Heute frage ich Sie alle, wie würde denn diese Geschichte mit der neuen Polizeiverordnung wohl erzählt werden?

**Stadtrat Gaukel (VOLT):** Dann schließe ich mich auch noch dem Änderungsantrag der GRÜNEN an. Auch wir finden es eine wichtige Thematik hier eben nicht dieses Pauschalverbot für diese Uhrzeit auszusprechen für diesen Bereich. Grundsätzlich aber die Erweiterung der Polizeiverordnung hat sinnvolle Dinge, um noch mal zu konkretisieren, was als aufdringliches Betteln nicht okay ist. Das ist ja genau diese Thematik und dafür gibt es die

Möglichkeiten dagegen vorzugehen, aber jetzt zu sagen, generell in der Fußgängerzone, das geht nicht, denn da sind die Menschen und das löst das Problem nicht, dann müssen sie in die Seitenstraße, vielleicht nach Durlach, vielleicht in andere Stadtteile, aber es löst das Problem der Menschen nicht und es löst letztlich das Problem in der Stadt nicht. Von daher, lassen Sie uns gemeinsam andere Wege finden, wie die Menschen nicht auf Betteln angewiesen sind, sie aber nicht einfach aus dem Sichtfeld in der Fußgängerzone verdrängen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Also, es tut mir leid, ich muss jetzt doch mal hier an der Stelle einhaken, weil es geht ja darum, dass dort Leute betteln, die gar nicht betteln müssten. Das sind ja praktisch organisierte Bettelbanden, die praktisch die Freigiebigkeit der Passanten ausnutzen und letztendlich deren Spenden abzweigen in betrügerische Bereiche, die sonst vielleicht tatsächlich sozialen Zwecken zugutekämen. Das muss man an der Stelle auch bedenken.

**Stadträtin Lorenz (FDP/FW):** Ich wollte mich eigentlich auch nicht melden, aber jetzt muss ich doch ein paar Takte dazu sagen. Das ist natürlich eine Forderung, die gerade aus der Innenstadt vom Handel oft an die Verwaltung gestellt worden ist und es ist tatsächlich so, ich würde sagen, dass mehr als 80 % der dort Bettelnden organisierte Bettler sind. Mit der Spende, das wissen leider viele Passanten nicht, unterstützen sie das Leid. Dem wollen wir jetzt Einhalt gebieten. Es ist auch nicht gesagt, dass sofort jeder wegverhaftet oder weggeschickt wird, das kommt ja auch immer auf die Kapazitäten der jeweiligen Ordnungsbehörden oder der Polizei an und die meisten Menschen empfinden es tatsächlich als unangenehm, wenn sie da aktiv angegangen oder angesprochen werden. Jeder, der hier in dem Raum eine soziale Ader hat und ich gehe mal davon aus, dass es jeder ist, der kann doch gerne einem Obdachlosen oder einer anderen sozialen Einrichtung spenden. Also, da brauche ich hier doch nicht zu diskutieren, aber das organisierte Betteln zu unterstützen, das ist wirklich schwierig.

**Stadträtin Berghoff (Die Linke):** Ja, noch mal kurz dazu, es geht in diese Satzungsänderung nicht ausschließlich um organisiertes Betteln, das möchte ich an der Stelle jetzt mal betonen. Ansonsten kann ich mich kurzfassen. Vielen herzlichen Dank für den Redebeitrag der Kollegin Schmid, wunderbar. Aufdringliches aggressives Verhalten oder Betteln durch den Einsatz von Minderjährigen ist nicht in Ordnung, ich glaube, da sind wir uns alle einig. Betteln an sich aber umfassend einzuschränken, halten auch wir für falsch, da können wir nicht mitgehen. Armut aus dem Stadtbild zu verdrängen, macht sie unsichtbar, bekämpft sie aber nicht. Und genau darauf sollten wir uns konzentrieren, auf die Bekämpfung von Armut und nicht die Bekämpfung von Armen. Wir danken den GRÜNEN herzlich für den Änderungsantrag, dem wir gerne zustimmen. Der gesamten Vorlage müssen wir leider eine Absage erteilen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte hier ganz kurz auf das eingehen, was hier unter der Ziffer e) gemeint ist, unter Vortäuschung körperlicher Gebrechen oder Notlagen, da ist mir noch mal wichtig festzuhalten, dass wir darin nicht einen Freibrief sehen, jetzt irgendwelche Menschen körperlich zu untersuchen oder anzugehen, sondern dass wir einfach der Beobachtung nachgehen können, dass mitunter Menschen unter Vortäuschung erheblicher Mobilitätseinschränkungen dann mal eben ums Eck gehen und dann wiederkommen und dann vortäuschen. Dann hätten wir eine Möglichkeit zu sagen, no, das geht nicht im Rahmen dieser Verordnung. Nur das klar ist, was damit gemeint ist.

Ich gehe relativ häufig durch die Fußgängerzone und kann das Bild, das Sie, Frau Schmid, zeichnen, nicht nachvollziehen. Ich sehe da ganz andere Menschen, die ich nicht als arme Menschen aus Karlsruhe kenne. Die sehe ich da fast gar nicht. Ich sehe oft in Nebenstraßen oder an anderen Bereichen durchaus die armen Menschen, die ich aus Karlsruhe kenne und ich glaube, das wir auch niemanden verjagen oder vertreiben und es noch genug anderen öffentlichen Raum gibt. Ich sehe aber, dass es vor allem da, wo es hoch frequentiert ist, dann zu erheblichen sagen wir mal unklaren oder unsicheren Situationen kommt, und nur dann würden wir an der Stelle auch diesen Teil des § 3 heranziehen. Es wird ja nicht grundsätzlich verboten in der Kaiserstraße zu betteln, aber eben in hochfrequentierten Bereichen und zwischen 10 und 20 Uhr. Ich hatte Ihnen auch zugesagt, dass wir regelmäßig darüber berichten, wie da beobachtet wird und wie wir da dann aufgrund der Straßen- und Anlagenpolizeiverordnung eingreifen. Der Eindruck, wir wollten die Armen aus dieser Stadt damit vertreiben oder unsichtbar machen, deckt sich nicht mit dem, warum wir diese Verordnung so aufgestellt haben, das ist mir einfach fürs Protokoll ganz wichtig.

Gut, wir kommen damit zum Änderungsantrag der GRÜNEN und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt – dem Änderungsantrag ist so stattgegeben. Dann wird dieser entsprechend in die Verordnung mit aufgenommen und ich stelle die damit veränderte Verordnung hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt – das ist eine mehrheitliche Zustimmung, vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
5. Januar 2026